Gemeinde Sande



Möglichkeiten zur städtebaulichen Neuordnung

Vorschläge zu textlichen Festsetzungen für die Bebauungspläne:

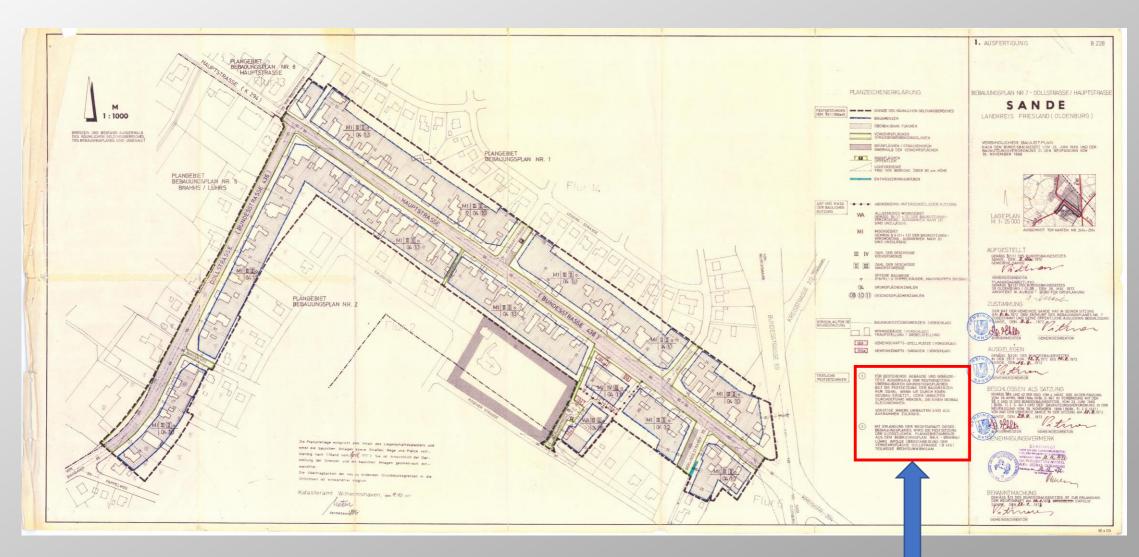
Nr. 7 "Dollstraße/Hauptstraße" und Nr. 8 "Hauptstraße"



Plangebiet



Bebauungsplan Nr. 7 "Dollstraße/Hauptstraße"



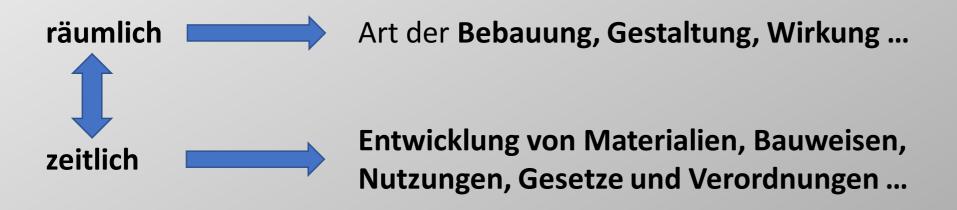
Bebauungsplan Nr. 8 "Hauptstraße"



Textliche Festsetzungen

Anlass

Generelle städtebauliche Veränderungsprozesse und Verdrängungsprozesse (räumliche, zeitliche)



Gegenwärtige Prozesse

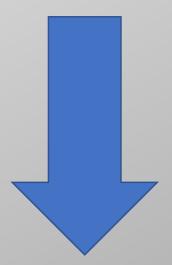
Verstärkter Druck auf die Innentwicklung (gem. § 1a BauGB Abs. 2)



- Fokussierung durch Inverstoren
- Aufgabe von Immobilien
- Veräußerung an Investoren
- Entwicklung

Konflikte der Entwicklung

- Ausbildung von wirtschaftlich relevanter Bebauung
 - überdurchschnittliche Ausnutzung der Grundstücksfläche
- Fehlende Rücksichtnahme auf den umliegenden Bestand
 - Höhe, Kubatur und Ausrichtung (Abstände)



Veraltete Baurechte

Grundlage:

- Baugesetzbuch (BauGB)
- Baunutzungsverordnung (BauNVO)





BauNVO von 1968

- Weniger restriktive Verordnungen
 - höhere Ausnutzung der Grundstücke möglich
 - insbesondere die Regelung zur zulässigen Grundfläche
 - keine Festsetzungen zur Höhe baulicher Anlagen (lediglich für Vollgeschosse)
 - (nicht) Berücksichtigung von Nebenanlagen etc.



§ 19 Abs. 4 Grundflächenzahl (GRZ), zulässige Grundfläche

BauNVO 1968:

(4) Auf die zulässige Grundfläche werden die Grundflächen von Nebenanlagen im Sinne des § 14 nicht angerechnet. Das gleiche gilt für Balkone, Loggien, Terrassen sowie für bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht im Bauwich oder in den Abstandsflächen zulässig sind oder zugelassen werden können.

§ 19 Abs. 4 BauNVO Grundflächenzahl (GRZ), zulässige Grundfläche

BauNVO 1990 - stand 2021:

- (4) Bei der Ermittlung der Grundfläche sind die Grundflächen von
- 1. Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
- 2. Nebenanlagen im Sinne des § 14,
- 3. baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird,

mitzurechnen. Die zulässige Grundfläche darf durch die Grundflächen der in Satz 1 bezeichneten Anlagen bis zu 50 von Hundert überschritten werden, höchstens jedoch bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8; weitere Überschreitungen in geringfügigem Ausmaß können zugelassen werden. Im Bebauungsplan können von Satz 2 abweichende Bestimmungen getroffen werden. Soweit der Bebauungsplan nichts anderes festsetzt, kann im Einzelfall von der Einhaltung der sich aus Satz 2 ergebenden Grenzen abgesehen werden

- 1. bei Überschreitungen mit geringfügigen Auswirkungen auf die natürlichen Funktionen des Bodens oder
- 2. wenn die Einhaltung der Grenzen zu einer wesentlichen Erschwerung der zweckentsprechenden Grundstücksnutzung führen würde

Gegenwärtige Entwicklung

Vorherige Bebauung



Grundstück: 1.000 m² Grundfläche: 195 m²

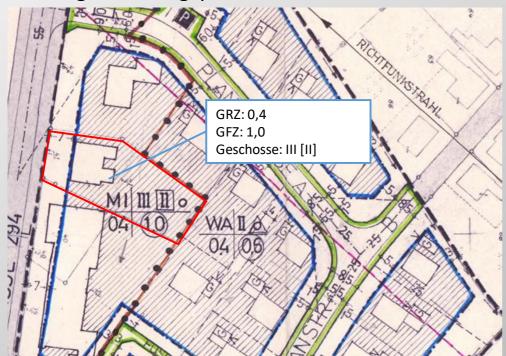
Neue Bebauung



Grundstück: 1.000 m² Grundfläche: 250 m²

Gegenwärtige mögliche Entwicklung

Auszug Bebauungsplan Nr. 5



Ausnutzung des Maß der baulichen Nutzung



Grundstück: 1.000 m² Grundfläche: 333 m²

Stellschrauben

Art und Maß der baulichen Nutzung neu definieren

- Orientierung am Bestand (Analyse erforderlich)
- Baugebietstyp (WA, MI, MU)
- Grundflächenzahl (GRZ)
- Geschossflächenzahl (GFZ)
- Geschossigkeit (min./max.)
- Gebäudehöhen (TH, FH, OK)
- Bauweise (o, g, a oder E, D, H, ED)

Baugebietstyp (Art der baulichen Nutzung)

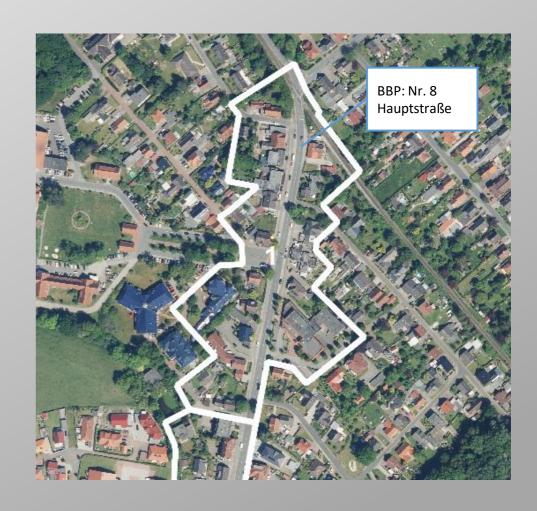
Mischgebiet (MI) gem. § 6 BauNVO

Ausgeschlossen werden die folgenden allgemein zulässigen Nutzungen gemäß § 6 Abs. 2 BauNVO:

- Gartenbaubetriebe
- Tankstellen
- Vergnügungsstätten

Ausgeschlossen werden die folgenden ausnahmsweise zulässigen Nutzungen gem. § 6 Abs. 3 BauNVO unzulässig:

- Vergnügungsstätten



Baugebietstyp (Art der baulichen Nutzung)

Urbane Gebiete (MU) gem. § 6a BauNVO

In den Urbanen Gebieten (MU) sind die folgenden ausnahmsweise zulässigen Nutzungen gem. § 6a Abs. 3 BauNVO unzulässig:

- Vergnügungsstätten
- Tankstellen

Vorteile gegenüber dem Mischgebiet (MI):

Feinere Steuerungsmöglichkeiten hinsichtlich der Nutzungsmischung (Horizontale Gliederung, Mindestnutzungsanteile, Straßenseitige EG-Nutzung etc.)



Baugebietstyp (Art der baulichen Nutzung)

Allgemeines Wohngebiet (WA) gem. § 4 BauNVO

In dem Allgemeinen Wohngebiet (WA) sind die folgenden ausnahmsweise zulässigen Nutzungen gem. § 4 Abs. 3 BauNVO unzulässig:

- Anlagen für Verwaltung
- Gartenbaubetriebe
- Tankstellen





Maß der baulichen Nutzung (Stellschrauben)

- Grundflächenzahl (GRZ) und zulässige Grundfläche



Innerhalb des Mischgebietes darf die zulässige Grundfläche um XX von 100 durch die in § 19 Abs. 4 BauNVO bezeichneten Anlagen überschritten werden.

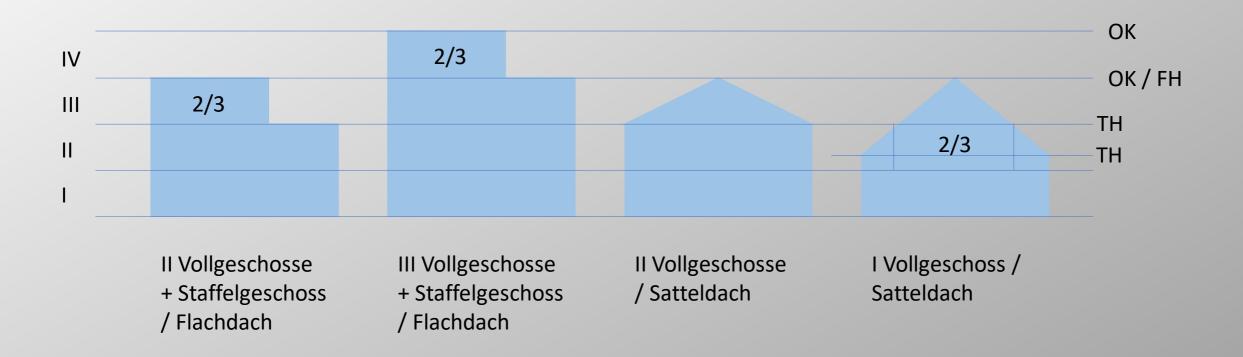


Maß der baulichen Nutzung (Stellschrauben)

- Geschossflächenzahl (GFZ) und Vollgeschosse / Gebäudehöhen
 - Die Geschossigkeit der Bebauung wird unter Berücksichtigung der vorhandenen Bausubstanz und dem gegenwärtigen Baurecht auf mindestens II Vollgeschosse, sowie auf max. II Vollgeschosse festgesetzt.

- Gem. § 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO wird eine maximale Firsthöhe von XX m als Höchstgrenze festgesetzt.

Vollgeschosse / Gebäudehöhen



2/3 bzw. Staffelgeschosse sind keine Vollgeschosse.

Nutzungen nach Geschossen

Innerhalb des Mischgebietes (MI) sind gem. § 1 Abs. 7 BauNVO in Erdgeschossen (1. Vollgeschoss) in einer Tiefe von XX m, gemessen ab der Straßenbegrenzungslinie, nur Gewerbebetriebe zulässig, die das Wohnen nicht wesentlich stören.

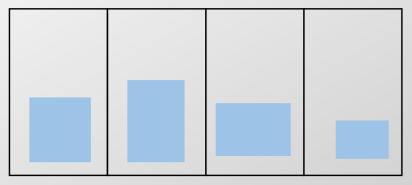
Vorteile Urbanes Gebiet:

Feinere Steuerungsmöglichkeiten hinsichtlich der Nutzungsmischung (Horizontale Gliederung, Mindestnutzungsanteile, Straßenseitige EG-Nutzung etc.)

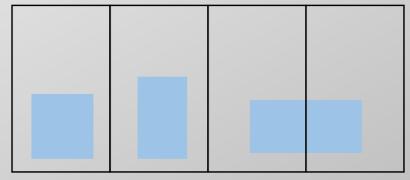
Anzahl der Wohneinheiten

Innerhalb des Mischgebietes (MI) / Urbanen Gebietes (MU) wird gem. § 9 Abs. 6 BauGB die höchstzulässige Anzahl an Wohneinheiten auf X Wohneinheiten pro XX m² Grundstücksfläche festgesetzt.

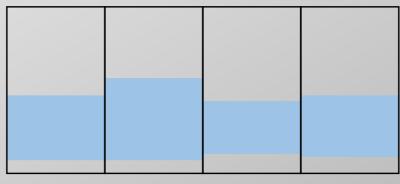
Bauweisen



offene Bauweise (max. 50m) (o)



abweichende Bauweise (a)



geschlossene Bauweise (g)

In der abweichenden Bauweise (a) sind Gebäude gem. § 22 BauNVO zulässig wie in der offenen Bauweise, jedoch mit einen Längenbeschränkung von XX m.

Alternative: E, D, H, ED

Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen mit deren Zufahrten

- Innerhalb des Gebietes (XY) sind Stellplätze, Carports und Garagen nach § 12 BauNVO und Nebenanlagen nach § 14 BauNVO, die Gebäude sind, außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen unzulässig. Ausgenommen sind Stellplätze im Bereich zwischen der Straßenbegrenzungslinie und der Baugrenze.
- Je Baugrundstück im Sinne des § 4 Abs. 1 Satz 1 NBauO ist die Anlegung von je einer bis zu 5,00 m breiten Zufahrt zulässig. Bei Doppelhäusern ist je Doppelhaushälfte eine bis zu 4,00 m breite Zufahrt zulässig.

Solaranlagen

Bauliche Maßnahmen für den Einsatz erneuerbarer Energien, hier für Solaranlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 b BauGB)

Im gesamten Geltungsbereich dieses Bebauungsplans sind die nutzbaren Dachflächen der Gebäude und baulichen Anlagen innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zu mindestens **50** % mit Photovoltaikmodulen zur Nutzung der einfallenden solaren Strahlungsenergie auszustatten (Solarmindestfläche).

Werden auf einem Dach Solarwärmekollektoren installiert, so kann die hiervon beanspruchte Fläche auf die zu realisierende Solarmindestfläche angerechnet werden.

Dachformen

- Dächer, mit Ausnahme der Dächer von Dachaufbauten, müssen eine Neigung von mindestens 20° und dürfen höchstens 55° aufweisen und sind als geneigte Satteldächer auszubilden. Abwalmungen bis hin zum Walmdach sind zulässig.
 - Oberhalb des zweiten Vollgeschosses dürfen Staffelgeschosse (2/3-Geschosse) nur als Flachdach ausgeführt werden.

- Garagen gemäß § 12 BauNVO und Nebengebäude gemäß § 14 BauNVO können auch mit einem Flach- bzw. Pultdach bis zu 15° Dachneigung ausgeführt werden.

Begrünung von Dächern

- Die Dächer von überdachten Stellplätzen (sog. Carports) und Garagen sind als Gründächer mit lebenden Pflanzen zu gestalten.

Dächer von Hauptgebäuden

- Gebäudedächer bis zu einer Neigung von 10° sind mit einem mindestens 12 cm starken durchwurzelbaren Substrataufbau zu versehen und extensiv zu begrünen. Flächige Ausfälle der Vegetation sind zu ergänzen.
- Dächer der Hauptgebäude sind als Gründächer auszuführen. Ausgenommen davon sind Oberlichter, Solarkollektoren und andere technische Aufbauten.

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Auf der festgesetzten Fläche für Gemeinschaftsstellplätze ist je
X Stellplätze ein klein- bis mittelkroniger standortheimischer
Laubbaum als Hochstamm mit einem Stammumfang von 12-14
cm zu pflanzen. Alle zu pflanzenden Bäume sind mit gras-,
stauden- oder strauchbewachsenen
Vegetationsflächen/Baumscheiben von mind. 5 m² zu versehen.

Nichtüberdachte Stellplätze, Zufahrten und Nebenanlagen

- Nicht überdachte Stellplätze, Zufahrten und Nebenanlagen sind mit versickerungsfähigen Belägen oder in wassergebundener Bauweise herzustellen.

Vorgärten

- Außerhalb von Terrassen, Wegen, Stellplätzen, Zufahrten und Traufkanten ist die Verwendung von Gesteins- oder Mineralkörnern (z. B. Kies) nicht zulässig.

Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

- Auf festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist eine dreireihige freiwachsende Hecke aus Sträuchern als Abschirmgrün aus standortheimischen Gehölzarten anzulegen.
- Für je angefangene XX m² Grundstücksfläche ist mindestens ein standortgerechter hochstämmiger Laubbaum zu pflanzen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen.



Erste städtebauliche Analyse

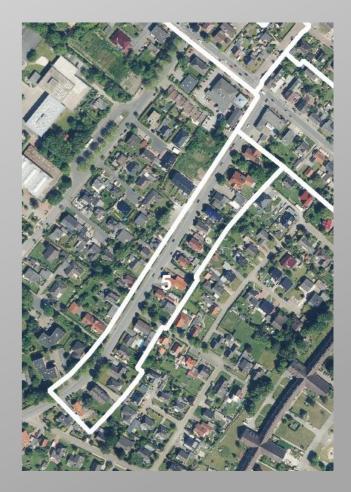
"Dollstraße" BBP Nr. 7

Art der Bebauung	%
Gewerbliche Bebauung	-
Wohn- u. Geschäftshaus	15%
Mehrfamilienhaus	30%
Doppelhaus	-
Einfamilienhaus	55%
Solitärbauten	-
Freiflächen	-
Baustellen	-

Vollgeschosse	%
1	12 %
II	65 %
Ш	24 %
IV	-

Geschosse/Nutzung	%
Wohnen	92 %
Gewerbe	8 %

Dachformen	%
Flachdach	6 %
Walmdach, Satteldach etc.	94 %



Erste städtebauliche Analyse

"Hauptstraße" BBP Nr. 7

Art der Bebauung	%
Gewerbliche Bebauung	19,23%
Wohn- u. Geschäftshaus	34,62%
Mehrfamilienhaus	7,69%
Doppelhaus	3,85%
Einfamilienhaus	25,00%
Solitärbauten	-
Freiflächen	7,69%
Baustellen	1,92%

Vollgeschosse	%
1	22%
II	61%
III	13%
IV	4%

Geschosse/Nutzung	%
Wohnen	67%
Gewerbe	33%

Dachformen	%
Flachdach	27%
Walmdach, Satteldach etc.	73%



Erste städtebauliche Analyse

"Hauptstraße" BBP Nr. 8

Art der Bebauung	%
Gewerbliche Bebauung	8,62%
Wohn- u. Geschäftshaus	36,21%
Mehrfamilienhaus	13,79%
Doppelhaus	1,72%
Einfamilienhaus	24,14%
Solitärbauten	10,34%
Freiflächen	5,17%
Baustellen	0,00%

Vollgeschosse	%
I .	13%
II	69%
Ш	17%
IV	2%

Geschosse/Nutzung	%
Wohnen	61%
Gewerbe	39%
Flachdach	22%
Walmdach, Satteldach etc.	78%
Flachdach	22%





Weitere Analysen



Ermittlung der Wohn- und Gewerbeeinheiten



Ermittlung der Grundflächenzahl

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Fragen und Anregungen?

Auftragnehmer:



Planungsbüro Weinert

Rosenstraße 7

26 529 Marienhafe

Tel: 04934 / 340 838-0 Fax: 04934 / 340 838-7

Fragestellungen

- Festsetzung einer Gebäudehöhe durch eine maximale Firsthöhe.
- Festsetzung einer Geschosshöhe unter Berücksichtigung einer möglichen Personenrettung.
- Festsetzung der möglichen Dachformen.
- Vermeidung einer rückwärtigen Bebauung innerhalb der Grundstücke (Bauteppich) sowie der Vermeidung von Stellplatzanlagen in diesem Bereich.
- Festlegung von energetischen Gebäudestandards.
- Vorgaben zur Installation von Anlagen zur Nutzung solarer Strahlungsenergie.
- Vorgaben zur Installation von Ladeeinrichtungen für E-Fahrzeuge in Abhängigkeit der Anzahl an Wohneinheiten.
- Vorgaben zur Bepflanzung (ortstypisch) in Abhängigkeit der Grundstücksgröße und dem Grad der Versiegelung
- Vorgaben zu Nutzungen in Neubauten (Gewerblich)